



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Petersen, H.: Aus Nordschleswig

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Nus Nordschleswig

Von H. Petersen



Schon in einer Erwiderung auf einen andern Artikel über den deutsch-dänischen Streit in der Nordmark habe ich in Nummer 36 der Grenzboten vom Jahre 1896 versucht, ein wahrheitsgetreues Bild von dem Nationalitätenkampf in der Nordmark des Deutschen Reichs zu entwerfen. Ein ernstlicher Versuch, meine Darstellung zu entkräften, ist von der sonst so bereiten dänischen Presse nicht gemacht worden. Es ist darum auch nicht Zweck dieser Zeilen, irgendwie die damaligen Darlegungen zu wiederholen oder durch nähere Begründung zu stützen. Indessen haben die bekannten schärfern Eingriffe der Behörde, die sich mit dem Namen des jetzigen Oberpräsidenten unsrer Provinz aufs engste verbinden, eine einschneidende Änderung in alle Verhältnisse gebracht, die für den Nationalitätenkampf in Betracht kommen, sodaß es sich wohl verlohnt, die gegenwärtige Lage kurz zu schildern.

Noch steht es in lebendiger Erinnerung, welches Aufsehen die ersten Schritte der Behörden zu einem festern und planvollen Niederdrücken der dänischen Agitation im Oktober 1898 erregten, als Herr von Köller mit vielfachen, wenn auch nicht massenhaften Ausweisungen anfang. Man erinnert sich noch des Streits in der Tagespresse für und wider Köller, in Versammlungen und Gegenversammlungen, im preussischen Landtage wie im deutschen Reichstage. Die Thatfache, daß auf der einmal eingeschlagenen Bahn weiter vorgegangen wurde, strafte die dänische Presse Lügen, die zu Anfang von „Schreckschüssen“ redete, und beweist, daß die so viel besprochenen Maßnahmen nicht auf einen vorübergehenden Einfall des höchsten Beamten des Landes zurückzuführen seien, sondern auf einem wohlervognen Plan beruhten, der innerhalb des preussischen Ministeriums durchaus Billigung findet. Wenn also von einem „Köller-Regiment“ geredet wird, so trifft der Ausdruck ebensowenig zu, als wenn man die frühern Phasen in der politischen Entwicklung der Verhältnisse nach den jeweiligen Oberpräsidenten benennen wollte.

Als noch die Wogen des Kampfes hoch gingen, schien es nicht angebracht, sich über die Maßregeln in einer Zeitschrift für Politik auszusprechen, Maßregeln, die sogar deshalb angegriffen wurden, weil man behauptete, daß sie nichts nützen würden. Zur Zeit aber, wo sich das Erreichte mit Ruhe übersehen läßt, ist es wohl angebracht, über die schleswigischen Verhältnisse einen Rückblick zu werfen.

Kein Gebiet ist bekanntlich so umstritten, wie das der Schule und der Kirche; die politischen Gegner wollen sich sogar den Schein geben, als ob ihnen überhaupt nichts andres auf dem Herzen läge, als die Erhaltung der dänischen Sprache auf diesen beiden wichtigen Gebieten. Wir Deutschen wissen, daß dies ein Verschleiern der letzten Pläne dänischer Agitation ist, aber verständlich erscheint es allerdings, daß man die Herrschaft der dänischen Reichs-  
sprache in Kirche und Schule als eines der Hauptmittel im Kampfe ansieht. Was die Schule angeht, so ist für die Sprache des Unterrichts eine Verfügung der Regierung erschienen, die einschneidend genug wirkt, wenngleich sie die dänische Sprache im Religionsunterricht nicht berührt. Im Gegenteil besteht in dem größten Teil der Landschulen noch dieselbe Ordnung der Sprachverhältnisse, die ich in dem frühern Artikel beschrieben habe. Die Mittel- und Oberstufe hat noch vier Stunden Religionsunterricht in dänischer und zwei Stunden in deutscher Sprache zur Wiederholung des Pensums. Nur einzelne Gemeinden sind seit 1896 aus eigenem Antriebe mit der Bitte um rein deutschen Religionsunterricht hervorgetreten. Und trotzdem hat die Regierungsverfügung, die ich im Auge habe, einschneidend gewirkt. Die Behörde ließ nämlich durch eine Umfrage bei den Eltern feststellen, wer von diesen einen ganz deutschen Religionsunterricht wünschte. Es war dies eine Folge des unerträglichen Zustands, daß an manchen Orten deutschredende Beamte, deutschredende Ansiedler oder auch solche Nordschleswiger, die lieber rein deutschen Unterricht für ihre Kinder wollten, einfach gezwungen waren, diese am dänischen Unterricht teilnehmen und sie in der Folge auf dänisch confirmieren zu lassen. Es ergab die Umfrage ganz überraschende Resultate, indem z. B. im Kreise Hadersleben 900, auf der Insel Als 300 Kinder für ausschließlich deutsche Schulsprache angemeldet wurden. Es entzieht sich meiner Kenntnis, wie viele in den Kreisen Apenrade und Nord-Tondern angemeldet wurden, doch möchte ich die Gesamtzahl für ganz Nordschleswig auf 1800 schätzen.

Der dänischen Presse war natürlich dieses Resultat äußerst peinlich, und sie suchte den Fortschritt des Deutschtums, der sich gezeigt hatte, und den selbst der „Glensborg Avis“ anerkennen mußte, damit aus der Welt zu reden, daß die Freiwilligkeit der Entschließung angezweifelt wurde, oder daß der mißglückte Versuch gemacht wurde, die Eltern der angemeldeten Schüler durchgehends für Beamte zu erklären.

Doch zurück zu der Verfügung. Es wurde angeordnet, daß die angemeldeten Kinder den deutschen Religionsunterricht in Stunden außerhalb des eigentlichen Lehrplans erhalten sollten. Eine Vergütung an die Lehrer zahlt

die Regierung. Da mithin die vier dänischen Religionsstunden ihren Platz im Schulplan behielten, und die Gemeinden keinen Beitrag zu den Mehrkosten zu leisten haben, war den Dänen jeder Grund zu irgend einer Beschwerde genommen. Abschließen will ich die kleine Betrachtung der gegenwärtigen Schulverhältnisse mit einer Äußerung des preussischen Landtagsabgeordneten Hanssen auf einer Lehrerversammlung in Odense auf Fünen am dritten Pfingsttage dieses Jahres über die nordfriesische Schule. Hanssen sagte: „Während wir gleichzeitig dieser Schule Anerkennung der guten Bedingungen, unter denen sie arbeitet, aussprechen, müssen wir als die bittersten Feinde des Ziels stehen, auf das hingearbeitet wird.“ Diese Feindschaft müssen wir uns gefallen lassen, Freundschaft und Zustimmung von der Seite wäre unnatürlich.

Hat die Ära Köller auf dem Schulgebiet nicht direkt hindernd für die dänische Sprache eingegriffen, so noch weniger auf dem der Kirche. Es ist das eigentlich selbstverständlich, denn die Kirche liegt nicht in der Machtsphäre der Regierung. Aber auch die kirchliche Behörde ist in den letzten vier Jahren nicht aus ihrem *laissez faire, laissez aller* herausgetreten. Sie ließ nach wie vor Anträge auf die Einführung des deutschen Gottesdienstes an sich herantreten und verfügte nach Prüfung der Verhältnisse entweder wie es die Antragsteller wünschten, oder sie modifizierte deren Wünsche. Ob diese Modifikation immer angebracht war, will ich hier nicht untersuchen, wemgleich es wunderbar erscheinen muß, daß eine Einführung von sieben deutschen Gottesdiensten geboten schien, solche von den erbetteten zwölf dagegen zu viel erschien. Wo die deutschen Gottesdienste überhaupt als notwendig anerkannt werden, da sollte man meinen, daß den Bittstellern gern einmal im Monat Gelegenheit gegeben werden könnte, eine Predigt zu hören. Wie dem auch sei, so erkennt man auf seiten der Dänen durchaus nicht die Zurückhaltung des Konsistoriums an, sondern beehrt es mit demselben Haß, mit dem man auf die Schulbehörde sieht.

Während also die kirchliche Behörde auf ihrem Gebiet nichts aus eignen Stücken thut, kämpft die Bevölkerung unter sich weiter um den Einfluß auf diesem Gebiete. Die kirchlichen Wahlen zeigen deutlich, daß das Gerede von dem Erstarken der dänischen Opposition eine Mär ist. Der Deutsche ist bei den Wahlen zur Kirchenvertretung ziemlich allgemein aus seiner Passivität herausgetreten und übt sein Wahlrecht so gut wie der Gegner. Es ist das an sich schon ein erfreuliches Zeichen der Erstarkung des deutschen Einflusses, natürlich dort erst recht, wo nach hartem Wahlkampf die deutsche Partei den Sieg davon trägt, oder wo ihr gar die gegnerische ohne Wahlkampf das Feld überläßt.

So liegen die Dinge in Kirche und Schule. Auf beiden Gebieten ist ein offenes Erstarken des Deutschtums festzustellen, ohne daß die dänischgesinnten Nordfriesländer einen wirklichen Grund zu irgend welcher Klage hätten. Das erkennen sie zwar nicht an, aber sie sind ungefähr doch auf dem Punkt angelangt, wo sie die Vergeblichkeit aller Anträge auf Abänderung der Verfügung vom 18. Dezember 1888 einsehen. Übrigens wolle man die wahre Natur

dieser immer wiederholten Sprachanträge daraus erkennen, daß die führenden Blätter der dänischen Partei die Anregung der deutschen Presse, daß man vielleicht zwei dänische Sprachstunden als fakultative bewilligen könne, mit Heftigkeit zurückgewiesen haben. Es hieß, es würden sich dann keine Kinder dazu melden; natürlich geschah das mit dem Seitenhieb auf die Schule und ihre Lehrer, diese würden das schon zu hindern wissen. Man wird mir zugestehn, daß dieses Argument, so unbegründet es ist, erst recht sehr verfrüht war.

Wie der Leser sieht, kann man von der „Politik der festen Hand“ auf den beiden einander verwandten und ineinander greifenden Gebieten der Schule und der Kirche kein derartiges Eingreifen spüren, das den dänischen Landsleuten einen wirklichen Grund zur Klage gäbe. Die Politik hat auf ganz andern Punkten eingesezt. Es hatte sich in der That allmählich eine Organisation der Protestpartei gebildet, die die Ruhe im Lande ernstlich störte. Sie konnte das umsomehr, als eine zwar kleine Auslese von Berufsagitatoren, deren Existenz also mit der Aufregung der Gemüter im Lande steht und fällt, einen Druck ausübte, dem sich auch die „Stillen im Lande“ beugen mußten, wo sie isoliert standen. Denn nach der öffentlichen Erklärung eines dänischen Mannes, der Redakteur in einem dänischen Nachrichtenbureau Kopenhagens ist, hielt man jede differenzierende Meinung nieder, indem man „die Herren mores lehrte.“ Wie stark und welcher Art der Druck war, läßt sich daraus ermessen, daß man sogar deutsche Geschäftsleute zwang, Beiträge zu den dänischen Agitationsvereinen zu zahlen. Die kleine Clique von eigentlichen Wählern brachte Politik in alles und jedes. Politik trieben die landwirtschaftlichen und die kommunalen, die geselligen und die sogenannten Vortragsvereine. Politik ist die Triebfeder zur Stiftung von Freigemeinden und zum Bau eigener Kirchen. Gegenüber einer rücksichtslos agierenden Parteidisziplin, die dahin trieb, ist es kein Wunder, daß es „müde Männer“ und „Friedfertige“ gab, die dann und wann versuchten, sich vom Druck loszumachen, aber wenn sie sich erhoben, sagt der vorhin erwähnte dänische Redakteur Næger Carstensen vom Bureau „Unio,“ „haben die guten und soliden Elemente es vermocht, einen Damm aufzurichten, indem sie Schulter an Schulter setzten und effektiv mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Herren mores lehrten.“ Welcher Art diese Mittel waren, das brauchen wir nicht weiter zu fragen. Das dänische Blatt in Hadersleben, die „Danevirke,“ sagt von den Führern der Agitation nämlich, es sei eine Legende, wenn Blätter in Dänemark von diesen immer redeten als von „edeln, mutigen und hochsinnigen Männern,“ in Wirklichkeit bestünden die Waffen dieser „edeln und mutigen“ Männer nur in wirtschaftlichem Krieg, in Drohungen und in Boykott.

Noch kürzlich teilte ein Korrespondent von Nordschleswig einem Blatt in Dänemark triumphierend mit, daß ein Wirt, der einen der „flottesten Krüge“ (Wirtshäuser) der Gegend gehabt, aber einer dänischen politischen Versammlung sein Lokal verweigert hätte, „die Folgen gespürt habe.“ Er mußte seinen

Besitz verlaufen und ist südwärts gezogen, wo die Gegensätze nicht so scharf sind. Und als bei der Anwesenheit des Oberpräsidenten in Sonderburg die Häuser beslaggt waren, da habe, erzählt derselbe Mittheiler, ein bestimmtes Hotel die Fahne gezeigt, „sogar Hotel Mtsfund, die Stelle, wo viele königreichische Touristen wohnen, war flaggengeschmückt.“ Was diese Notiz in einem „königreichischen“ Blatte bezweckt, ist leicht zu ersehen.

Zeigt sich so der wirtschaftliche Krieg gegen nicht willig ordreparierende Dänen, wie dann erst gegen die politischen Gegner, die Deutschen. Mancher Geschäftsmann ist ans schwarze Brett der Dänen gekommen, weil er an politischen Festtagen flaggte, oder weil er an der Feier des Kaisersgeburtstages teilnahm. Ja, der „Sejmdal“ zählte nach der letzten Reichstagswahl die sämtlichen Namen aller der Wähler eines Bezirks auf, die mutmaßlich deutsch gestimmt hatten. Die Absicht erkennt auch der Fernstehende leicht aus solchem Gebaren. Nun kommt noch ein Umstand hinzu, der diese Agitation wesentlich stärkte und stützte, nämlich die Eingriffe von Freunden der nordschleswigischen Dänen im Lande Dänemark in die Wühl- und Minierarbeit. Es bestehn nicht nur zahlreiche „südjütische“ Vereine in allen größern Zentren Dänemarks, die, zum großen Teil geleitet von dänischen Pastoren, Lehrern, Bürgermeistern, Offizieren, Postmeistern usw., die Arbeit für die „gute Sache“ in der Nordmark unterstützen, auch der dänische Friedensverein hat vor ein paar Jahren in einem öffentlichen Aufruf ausgesprochen, daß er durch den Sieg seiner Gedanken hoffe, „daß die dänischen Südjüten (Schleswiger) sich wieder uns werden anschließen können.“

Als das dänische Nationaldenkmal zur Erinnerung an den Krieg von 1848 bis 1850 enthüllt wurde, konnte sich der Festredner, Kapitän (Hauptmann) Schjörving, nicht enthalten, in Gegenwart des dänischen Königs und des Zaren mit einem Seitenblick auf Nordschleswig zu sagen: „Wenn auch Männern und Frauen eine fremde Herrschaft aufgezwungen werden kann — so lange sie Gefühle und Erinnerungen mit ihrem alten Volke teilen, so lange gehören sie diesem an und können nicht von ihm losgerissen werden.“ Auch der „Nordische Verein“, der in unsern Tagen offiziell die Einheit, d. h. die geistige der nordischen Reiche fördern will, das Ziel des „Neuskandinavismus“, auch er zieht Nordschleswig mit in sein Arbeitsgebiet.

Das Ziel aller Agitation aber ist immer dasselbe; es ist von dem Abgeordneten Hanssen auf einer Besuchsreise in einer Versammlung in Kolding (Dänemark) mit großer Offenheit ausgesprochen worden. Hanssen sagte damals: „Aber übrig ist noch der Revanchegedanke und sind die ungelösten nationalen Fragen. . . . Wir beanspruchen das Recht, unsre Kinder in unsrer Muttersprache zu unterrichten und diese in allen Verhältnissen als anerkannt zu benutzen; aber wir wünschen nicht nur, unsre Sprache zu benutzen, wir wollen auch eine Grenzveränderung beanspruchen, sodasß wir in den Stand gesetzt werden, mit unserm Volke zusammen zu leben.“ Das ist das Ziel H. P. Hanssens, des preussischen Landtagsabgeordneten, wie das seines Kollegen Gustav So-

hamfen und aller der Männer, die ihnen nahesteht südlich wie nördlich von der Königsau.

Ein Jahr lang beobachtete Herr von Köller das Treiben der Agitation, dann schlug er los. Das erste Mittel gegen die Verhezung waren die Ausweisungen dänischer Unterthanen. Es traf diese Maßregel besonders dänische Diensthoten, Knechte und Mägde solcher Landwirte, die an der Agitation teilnahmen, daneben auch Gehilfen von Kaufleuten und Handwerkern. Man wird von den Ausgewiesenen in den meisten Fällen sagen können, daß sie selbst schuldlos seien, von ihren Arbeitgebern aber nicht. Es ist von dänischer Seite geleugnet worden, daß eine direkte Agitation die dänischen Arbeiter hereingezogen hätte. Das ist nicht wahr. Im Jahre 1897 brachte der „Flensborg Avis“ einen Artikel mit der Überschrift: „Vielleicht eine Gefahr“; darin stand eine direkte Warnung vor der Aufnahme ostpreussischen Gesindes, nicht etwa weil diese Leute nicht zur Arbeit tüchtig wären, sondern aus politischen Gründen. Diese Männer und Mädchen könnten eine Gefahr werden für die dänische Sprache und die dänische Nationalität, wenn die Einwandlung so beibliebe. Obgleich sie arm seien, liege in ihrem Auftreten das Überhebende, das besonders seit den letzten Kriegen im Charakter der Deutschen zu finden sei. Sie würden ihren Willen geltend machen wollen. Man müsse sie zwingen, die dänische Sprache zu lernen, die Kinder von ihnen fern halten. Vielleicht dürfen wir auch zu diesem indirekten Wirken für die Einwandlung dänischer Dienstleute einen direkten Versuch zählen, solche heranzuziehn, denn ein Jahr vorher war in Hadersleben ein Gefindeanweiserverein entstanden. Über seine Thätigkeit hat man in der Presse nichts mehr gehört.

Zu den Ausweisungen sind ja in der Presse so viele Stimmen laut geworden — aus dem betroffenen Landesteile fast nur zustimmende —, daß ich mir versage, näher auf die Sache einzugehn. Nur auf eins möchte ich hinweisen. Professor Raftan findet, daß es den Agitatoren nicht schaden könne, wenn sie einmal zu spüren bekämen, daß der Faden der Geduld auch reißen könne, ebenso schade es nicht, sondern geschehe den Herren Dänen ganz recht, die sich einfach alles erlaubt hätten, die politische Agitation zu schüren, wenn nun ihnen gezeigt werde, daß es noch Mittel und Wege gebe, ihnen an den Kragen zu kommen. Und auch Professor Delbrück will nichts gegen die Ausweisungen sagen, wenn sie eine Aussicht auf Erfolg haben. Diese Äußerungen sind im Dezember 1898 laut geworden. Es bleibt aber noch übrig, einige weitere Maßregeln gegen die dänische Agitation zu erwähnen. Den Wirten wurden, wenn sie dänische Versammlungen bei sich aufnahmen, Schwierigkeiten gemacht, z. B. durch die Einschränkung der Polizeistunde und durch die Verweigerung der Erlaubnis zu öffentlichen Vergnügen. Infolgedessen ist es den Dänen unmöglich geworden, für ihre Agitationsversammlungen Lokale aufzutreiben. Nur ihre wenigen eignen Versammlungshäuser stehn ihnen dafür zu Gebote.

Eine weitere Maßregel war die der Schulbehörde, dispensierten Schul-

findern zu verbieten, Dienste für die Sommermonate bei solchen dänischen Herrschaften zu nehmen, die sich an der Agitation beteiligen. Diese Maßnahme erscheint voll berechtigt, wenn man in der dänischen Zeitung „Flensborg Avis“ in der Nummer vom 6. Oktober 1899 liest: „Wir können die Stütze nicht entbehren, die die zahlreiche dänisch-nordschleswigische Landarbeiterbevölkerung auch auf nationalem Gebiete uns gewährt.“ Es wird daher „in guter Absicht“ empfohlen, dem Gefinde „gute“ Bücher und Zeitungen in die Hand zu geben, natürlich dänische, denn, so heißt es, wenn sie erst die Augen dafür offen haben, was für Schönes und Großes dem dänischen Volk gegeben ist, „dann ist viel gewonnen.“

Endlich ist die Behörde gegen die dänischen Vereine selbst losgegangen. Es hat sich nämlich in mehreren Fällen gezeigt, daß die geführten Mitgliederverzeichnisse nicht richtig waren. Daher sind überall polizeiliche Vernehmungen der Mitglieder angeordnet worden, und diese haben die überraschende Tatsache ergeben, daß Leute als Mitglieder in den Listen standen, die sich niemals angemeldet hatten. Gegen die Vereinsleitungen wird demnächst eingeschritten werden.

Welche Erfolge hat nun Herr von Köller in seinem Vorgehn gegen die dänische Agitation zu verzeichnen? Um es kurz und bündig zu sagen: Es ist das eingetreten, was als Ziel von Anfang an gesetzt wurde, Ruhe. Man mißverstehe mich nicht. Es ist in der dänischen Presse noch nicht das verlangte Friedenssignal ertönt; die Presse will noch nicht vom Kampf ablassen, aber ruhiger ist sie geworden. Wir dürfen von ihr auch kein völliges Aufgeben des Kampfes erwarten, denn sie lebt vom Kampfe. Aber die Bevölkerung selbst hält sich ruhig. Ein Teil zwar thut es notgedrungen. „Wir wagen es wahrhaftig nicht,“ sagte ein sehr schroffer Däne, als man ihn fragte, warum denn keine dänischen Versammlungen abgehalten würden. Mögen sich die ärgsten der bisherigen Wähler auch nur aus Furcht ruhig halten; es ist nun einmal die einzige Weise, diese Leute zur Vernunft zu bringen.

Der andre Teil der Dänen aber, der nur zum Scheine die Agitation mitmachte, die „Stillen,“ die „Streber,“ die „Friedfertigen,“ wie sie von den Gesinnungsgenossen strengster Ordnung genannt worden sind, sie fügen sich willig in den Zustand, da ihnen das ewige Mitteln schon längst zuwider war. Und diese Partei gewinnt täglich an Einfluß. Die dänischen landwirtschaftlichen Vereine haben sich der Landwirtschaftskammer durch die Vermittlung der deutschen Kreisvereine angeschlossen, damit dem Beispiele des „Mittelschleswigischen Landbauvereins“ folgend, der von dänisch gesinnten Landleuten im Kreise Apenrade gegründet wurde, als der Abgeordnete Hansen sein Szepter in dem bisherigen alleinigen dänischen Landbauverein des Kreises zu schwingen unternahm, und der von vornherein aussprach, daß er jede Politik ausschließen wolle. Die früher so zahlreichen Verbrüderungsreisen nach Dänemark haben ganz aufgehört.

Bei den letzten Wahlen waren die dänischen Wähler nicht zu haben. Sie wählten entweder nicht, oder sogar mit den deutschen Bürgern, wie es in

Lügumkloster und Tostlund geschehn ist. Und dann wolle man auch besonders einen Umstand beachten. Es wird von den Deutschen überall gespürt, daß ein viel leidenschaftsloserer Verkehr der Dänen mit den Deutschen an die Stelle früherer strenger Abschließung getreten ist. Der Deutsche hat ordentlich aufgeatmet, wie von einem Alp befreit, seitdem die Dänen ihren Herrn und Meister gefunden haben. Leichter und freudiger tritt der Deutsche aus sich heraus, seitdem er weiß, daß er in seiner früher oft verzweifelt schweren Stellung eine Stütze hat. Diesen Erfolg schlage ich sehr hoch an. Die Zeiten sind vorbei, wo man es wagte, Pastoren öffentlich anzugreifen, weil sie unter sich deutsch sprachen, wo man es wagte, bei Familienfesten in Gegenwart deutscher Pastoren dänische politische Lieder zu singen, und wo man dann noch in der Presse den Pastor angriff, weil er sich darüber beschwerte.

Eine aufrichtige Hochachtung hört man überall gegenüber dem Oberpräsidenten von Köller aussprechen, obgleich der deutsche Nordschleswiger durchaus kein Gemütsmensch ist, sondern eine recht besonnene Natur hat. Aber hier sieht er einen Oberpräsidenten, der endlich einmal nach langem Warten als „harter Landgraf“ erschienen ist, nachdem — Gott weiß es — der Deutsche in der Nordmark zuerst unter dänischer Herrschaft so schwer gelitten und dann unter preussischer Herrschaft zwar gelebt hatte, aber bei einer Behandlung der Dänen, die manchmal an Verhättschelung grenzte, kaum wußte, ob er ein Recht hatte, als Staatsbürger zu existieren oder nicht. Daß die angefangne feste Politik zu gutem Ende führen werde, ist mir gar nicht zweifelhaft, spürt doch Freund und Feind die eine und notwendige Eigenschaft, die ruhige, aber auch ebenso konsequente Durchführung der für notwendig erachteten Maßnahmen.



## Militärische Randglossen zum Burenkriege

Von Carl von Bruchhausen

(Schluß)



ir haben den Ereignissen weit vorausgegriffen und wenden uns nun zu dem bisher wichtigsten Geschehnis des Burenkriegs, dem Marsche des Lord Roberts auf Bloemfontein zurück. Vorher noch ein Wort über die Thaten Methuens seit Magersfontein.

Auch in seinem Lager am Modder hatte man hinlänglich Zeit zu athletic sports (U. S. G. vom 10. Februar). Aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß mehreremal Seuchen die englischen Bataillone stark mitnahmen. In der ersten Februarwoche allein starben dort 2 Offiziere, 50 Mann an Krankheiten! Es war die höchste Zeit, daß die volle zwei Monate dauernde